V-30 Für eine selbstbestimmte Zukunft Taiwans

Antragsteller*in: Till Steffen (KV Hamburg-Eimsbüttel)
Tagesordnungspunkt: V TOP 10 - Verschiedenes (1/2)

Antragstext

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Außenpolitik gegenüber Taiwan, die auf Frieden und Sicherheit in der Taiwanstraße und der ganzen benachbarten Region, auf das gemeinsame Bekenntnis zu Demokratie, Menschenrechten und Völkerrecht sowie auf vielfältigen Austausch zu beiderseitigen Vorteil gründet. Wir stehen deshalb an der Seite von Taiwan beim Eintreten für eine selbstbestimmte Zukunft. Seit den 1980er-Jahren ist in Taiwan eine lebendige und stabile Demokratie erkämpft worden und gewachsen – mit freien Wahlen, unabhängigen Gerichten, freier Presse und einer starken Zivilgesellschaft. Über die Zukunft Taiwans wollen und sollen die Menschen in Taiwan selbst entscheiden.

Doch immer mehr wird das Ringen um den Weg Taiwans zu einem Konflikt, der die Kernfragen der internationalen Ordnung berührt. Die Volksrepublik China, die seit ihrer Gründung grundsätzlich den Anspruch erhebt, Taiwan als Teil Chinas der Herrschaft Beijings zu unterwerfen, hat ihren Kurs gegenüber Taiwan in den letzten 10 Jahren massiv verändert. Noch 2001 stellte die chinesische Führung Taiwan für den Fall des von Beijing erstrebten Zusammenschlusses in Aussicht, eigene Währung, eigene Streitkräfte und die eigene Regierungsstruktur zu behalten. Deng Xiaoping hatte in seiner Zeit sogar vorgeschlagen, die Frage der Vereinigung der Volksrepublik mit der Republic of China (Taiwan) künftigen Generationen zu überantworten, wenn in der Gegenwart kein Konsens zu finden sei. Heute dagegen ist in KP-Dokumenten und -Reden von der „vollständigen Vereinigung mit dem Mutterland“ die Rede. Angestrebt wird die erzwungene Annexion mit umfassender Ausschaltung von Parteienvielfalt, Meinungsfreiheit und einer unabhängigen Justiz.

Die Erfahrung von Hongkong zeigt, welche radikale Begrenzung des Spielraums die chinesische KP-Diktatur tatsächlich gegenüber Abweichung durchsetzt, wenn sie in der Propaganda von dem Konzept „Ein Land, zwei Systeme“ spricht. In Hongkong wurde bei der Eingliederung in die Volksrepublik China unter der Losung „Ein Land – zwei Systeme“ Hoffnung auf Beibehaltung bürgerlicher Freiheiten gemacht. Der britisch-chinesische Vertrag zur Übergabe von 1984 wird heute jedoch ignoriert. Die Niederschlagung der Proteste im Rahmen der Regenschirmbewegung 2014, die Verfolgung Oppositioneller in Hongkong seitdem und das Nationale Sicherheitsgesetz von 2019 zeigen eindeutig, dass Peking nur das eigene System erlaubt und mit aller Gewalt durchsetzt.

Mit den Verschärfungen in der Sprache gegenüber Taiwan geht eine Strategie des allseitigen Drucks gegenüber Taiwan einher einschließlich massivster digitaler Aggression, Unterwanderung der taiwanischen Gesellschaft, ökonomischen Druck, großen Anstrengungen zur internationalen Isolierung Taiwans und unverhohlener militärischer Drohgebärden einschließlich der Übung von Szenarien, die auf den Einsatz militärischer Gewalt zielen. Zu beobachten ist auch ein deutlich aggressiveres Auftreten Chinas gegenüber allen Partnern und Freunden Taiwans im internationalen Austausch. So beruft sich Peking auf das sogenannte „Ein-China-

Prinzip“, das es völlig frei in die UN-Resolution 2758 von 1971 hineininterpretiert. Seit einigen Jahren behauptet die Volksrepublik China nun, Deutschland erkenne dieses „Ein-China-Prinzip“ an. Das ist wissentlich falsch. Deutschland und viele andere Länder haben zwar keine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan, erkennen aber den Anspruch der Volksrepublik auf Taiwan nicht an. Wir nennen das unsere „Ein-China-Politik“. Wie die Ampel-Regierung tritt auch die aktuelle Koalition einseitigen Änderungen des status quo in der Taiwanstraße entschieden entgegen, schon gar solchen mit militärischem und anderem Zwang. Außenminister Wadephul hat wiederholt darauf hingewiesen, dass auch gegenüber Taiwan das Gewaltverbot der UN-Charta gilt. Die Resolution 2758 regelt allein die Vertretung der Volksrepublik China in den Vereinten Nationen; über Taiwan und seine völkerrechtliche Beziehung zur Volksrepublik China sagt sie nichts. Das Europäische Parlament hat diese einseitige Auslegung im Oktober 2024 ausdrücklich zurückgewiesen. Deutschland hat immer Austausch mit Taiwan gehabt – im Handel, in der Kultur, in den Wissenschaften, im zivilgesellschaftlichen Bereich wie auch im Bundestag ebenso wie mit Vertreter*innen der Bundesregierung. Seit Taiwans Demokratisierung ist dieser Austausch eindeutig gewachsen. Diese bewährte Praxis lassen wir uns nicht nachträglich umdeuten. Chinas Einmischung in diese Beziehungen weisen wir zurück.

Unter Xi Jinping hat sich die Volksrepublik China deutlich autoritärer ausgerichtet, und die gegenseitige Stützung zwischen autoritären Regimen zu einem Grundzug der eigenen Außenpolitik gemacht: China und Nordkorea leisten so etwa Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine entscheidende Hilfe. Die Sicherheit Europas und Ostasiens ist damit enger verknüpft als je zuvor. Wer die europäische Friedensordnung verteidigt, kann zu Drohungen gegen eine Demokratie in Ostasien nicht schweigen. Das Europäische Parlament hat das im Juli 2026 klar benannt und Taiwan als verlässlichen demokratischen Partner bezeichnet.

Wir Grüne wollen, dass Deutschland diese Linie noch aktiver mitträgt, den Wunsch der Menschen in Taiwan nach Frieden, Sicherheit und Freiheit noch stärker unterstützt und die Beziehungen zu Taiwan weiter vertieft.

Die Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert daher:

1. Klare Sprache gegenüber Peking

Die Bundesregierung muss öffentlich und gegenüber der Volksrepublik China klarstellen, dass Deutschland eine Ein-China-Politik verfolgt und kein Ein-China-Prinzip kennt. Die UN-Resolution 2758 trifft keine Aussage über Taiwans völkerrechtlichen Status. Jede erzwungene einseitige Änderung des Status quo weisen wir zurück. Differenzen müssen friedlich, im Einklang mit dem Völkerrecht und unter Achtung des Willens der Menschen in Taiwan beigelegt werden. Jede Eskalation und jede aggressive Übung muss benannt und deutlich kritisiert werden.

2. Parlamentsdiplomatie stärken – Abgeordnete schützen

Der Austausch zwischen Parlamenten ist ein Kern demokratischer Außenbeziehungen. Wir wollen den Dialog mit den Abgeordneten des Legislativ-Yuan fortsetzen und die Parlamentsarbeit weiter stärken. Jeden Versuch der Volksrepublik China, Abgeordnete wegen ihres Austausches mit oder ihrer Kontakte nach Taiwan unter Druck zu setzen, persönlich einzuschüchtern oder in ihrer Arbeit einzuschränken,

weisen wir entschieden zurück. Die Bundesregierung muss solchen Versuchen von Beginn mit aller Deutlichkeit klar entgegentreten.

3. Wirtschaftliche Zusammenarbeit vertiefen

Taiwan ist eine boomende Wirtschaftskraft, wichtiger Handelspartner der EU und dominierender Hersteller der leistungsfähigsten Halbleiter. Wir wollen einen strukturierten Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen der EU und Taiwan, der auf dem bestehenden Handels- und Investitionsdialog aufbaut – mit Schwerpunkten auf Halbleitern, künstlicher Intelligenz, Energie und Klimaschutz, Drohnen, widerstandsfähigen Lieferketten und sauberen Technologien. Verhandlungen über ein Investitionsabkommen zwischen der EU und Taiwan sowie über eine Beteiligung Taiwans an „Horizont Europa“ wollen wir prüfen und umsetzen. Der gestärkte Austausch in Wissenschaft, Bildung und Zivilgesellschaft ist ein Gewinn für beide Partner.

4. Sicherheit in der Taiwanstraße – Klarheit schafft Abschreckung

Frieden und Stabilität in der Taiwanstraße sind von wesentlichem Interesse für Europa; hier verläuft die wichtigste Schiffsroute von Ostasien nach Europa, rund 10% des Welthandels nutzen diesen Seeweg. Gemeinsam mit den europäischen Partnern muss die Bundesregierung unmissverständlich deutlich machen, dass eine einseitig erzwungene Veränderung des Status Quo massive politische und wirtschaftliche Kosten für die Menschen in der Region sondern auch für den Welthandel hätte. und auch den Alltag der eigenen Bürger*innen disruptiv und negativ verändern würde – weit über das Maß der Folgen der internationalen Krisen der letzten Jahre, die bereits auch hierzulande für hohe Belastungen gesorgt haben. Wir treten für die „freie Passage“, die Freiheit der Schifffahrt und des Überflugs ein und verurteilen aufs Schärfste die umfassende militärischen Übungen der Streitkräfte der Volksrepublik China in unmittelbarer Umgebung Taiwans. Die Bundesregierung sollte mehr tun, um unmissverständlich klar zu machen, dass eine militärische Eskalation für die Volksrepublik China verheerende Folgen hätte und dazu auch den intensiven Austausch in EU und vielen ebenfalls sehr besorgten Partnern im Indopazifik suchen. Zugleich sollte die Bundesregierung Taiwan im sicherheitspolitischen Bereich stärker unterstützen, die Zusammenarbeit intensivieren und auch den Austausch zwischen der Ukraine und Taiwan forcieren.

5. Digitalen Fortschritt gemeinsam erarbeiten – globale Zusammenarbeit stärken

Taiwan ist weltweit führend in der Informationstechnologie und führt wichtige Diskurse über die Zukunft digitaler Innovationen. So war Taiwan eines der ersten Länder der Welt, die mit Audrey Tang eine Digitalministerin in der Regierung einsetzte. Wir wollen den Austausch in diesem Diskursen intensivieren, zu digitalen Bürger*innenrechten, zu künstlicher Intelligenz, zu Desinformation, zu Cybersicherheit und zum Schutz kritischer Infrastruktur. In der globalen Zusammenarbeit wollen wir Taiwans Expertise nutzen und setzen uns für die Beteiligung Taiwans in der Weltgesundheitsorgansisation (WHO), der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation und der UN-Klimarahmenkonvention ein.

Die Empfehlung des Europäischen Parlaments vom 7. Juli 2026 bietet für all das eine gute Grundlage. Die Bundesregierung muss sich im Europäischen Rat für ihre Umsetzung einsetzen.

Taiwans Demokratie zu verteidigen heißt, die Prinzipien zu verteidigen, auf denen auch unsere eigene Freiheit beruht. Bündnis90/ Die Grünen stehen für diese Freiheit der Menschen in Taiwan ein.

Einfache Sprache

Taiwan ist eine Demokratie. Deswegen sollen die Menschen dort selbst über ihre Zukunft entscheiden. China will Taiwan zum Teil von China machen. Das lehnen wir ab. Wir stehen an der Seite der Menschen in Taiwan!

weitere Antragsteller*innen

Agnieszka Brugger (KV Ravensburg); Boris Mijatovic (KV Kassel-Stadt); Reinhard Bütikofer (KV Berlin/ Tempelhof-Schöneberg); Sebastian Pewny (KV Bochum); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Sebastian Schäfer (KV Esslingen); Marcel Rohrlack (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Manuel Stock (KV Frankfurt); Tarek Massalme (KV Berlin-Mitte); Andreas Ströbel (KV Erfurt); Michael Jahn (KV Esslingen); Thies Wiemer (KV Bielefeld); Felix Buchwald (KV Altenburg); Matthias Schlegel (KV Ilm-Kreis); Lukasz Batruch (KV Berlin-Pankow); Matthias Kaltenbach (KV Hamburg-Eimsbüttel); Claudia Dreyer (KV Hamburg-Eimsbüttel); Jim Martens (KV Hamburg-Eimsbüttel); Michael Gwosdz (KV Hamburg-Eimsbüttel); sowie 127 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.